

AMTSBLATT

FÜR

SCHLESWIG HOLSTEIN

Nr. 24

Schleswig, den 23. November 1946

Jahrgang 1

INHALT

- A. Anordnungen der Militärregierung.
1. Verordnung Nr. 57 — Machtbefugnisse der Länder in der Britischen Zone. (S. 141)
 2. Auflösung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. (S. 143)
- B. Gesetze des Landtags.
- C. Verordnungen.
- Anordnung Feinmechanik und Optik Nr. 1/46. (S. 143)
- D. Bekanntmachungen und Erlasse.
- I. Sekretariat des Landtags.
 - Liste der Mitglieder des Landtags. (S. 144)
 - II. Landesverwaltung.
 1. Amt für Inneres.
 - a) Ausstellung von amtlichen Bescheinigungen. (S. 144)
 - b) Lehrgang am Schleswig-Holsteinischen Verwaltungsseminar. (S. 145)
 - c) Export von persönlichen Effekten und Haushaltssachen zugelassener Auswanderer. (S. 145)
 2. Amt für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten.

Gewährung von Darlehen und Bewilligung von Beihilfen an Landeskulturunternehmen und einzelnen Landwirten. (S. 146)
- E. Stellenausschreibungen. (S. 146)
- Beilage:
- Amthlicher Anzeiger Nr. 6.

Teil A

Anordnungen der Militärregierung

Militärregierung Deutschland - Britisches Kontrollgebiet.

Verordnung Nr. 57

Da es notwendig ist, vorläufig die Machtbefugnisse der Regierungen und der gesetzgebenden Versammlungen der Länder innerhalb der Britischen Zone klarzustellen, wird hiermit folgendes angeordnet:

Artikel I

Die gesetzgebende Versammlung eines Landes, die der Gesetzgebung des Kontrollrats und den Bestimmungen dieser Verordnung unterliegt, hat die ausschließliche Befugnis, Gesetze für das betreffende Land oder für einen Teil desselben zu erlassen, vorausgesetzt, daß die gesetzgebende Versammlung eines Landes,

- a) keine Gesetze erläßt, die eine der Angelegenheiten betreffen, die in Anlage A und B, oder als eine vor-

läufige Maßnahme, die eine der Angelegenheiten betreffen, die im Anhang C zu dieser Verordnung im einzelnen dargelegt werden;

- b) im Hinblick auf die Angelegenheiten, die im Anhang D im einzelnen dargelegt werden, die grundlegenden Prinzipien erfüllt, die von der Militärregierung oder unter ihrer Aufsicht niedergelegt werden.

Artikel II

Die ausschließliche Vollmacht der Landesregierung wird sich auf folgende Punkte beziehen:

1. auf alle Gegenstände, für die die gesetzgebende Versammlung des Landes Gesetze erlassen kann;
2. sie bezieht sich auf die Verwaltung der Gebiete, die in der Anlage zu dieser Verordnung aufgeführt sind und für die sich die Militärregierung Beschlüsse vorbehalten hat;

3. auf alle Gebiete, bei denen die Landesregierung die Unterstützung der Militärregierung in Anspruch nehmen muß.

Artikel III

1. Sobald ein Gesetz die gesetzgebende Körperschaft eines Landes durchlaufen hat, muß es dem regionalen Kommissar vorgelegt werden. Dieser hat volle Freiheit, dem Gesetz zuzustimmen oder seine Zustimmung zu verweigern. Er ist also befugt, das Gesetz der gesetzgebenden Körperschaft zurückzugeben zur nochmaligen Änderung und Überprüfung.

2. Kein Gesetz, das die gesetzgebende Körperschaft eines Landes durchlaufen hat, wird rechtskräftig, bevor der regionale Kommissar seine Zustimmung erteilt hat.

Artikel IV

Nichts in dieser Verordnung kann dahin ausgelegt werden, daß es die Zuständigkeit der Militärregierung begrenzt, soweit sie irgendeine Landesregierung nicht gelten läßt.

Artikel V

Diese Verordnung tritt am 1. Dezember 1946 in Kraft.

Im Auftrage der Militärregierung.

Anhang A

Liste der Angelegenheiten, die nicht unter die Befugnisse der gesetzgebenden Versammlung der Länder fallen:

1. Außenpolitik und Anwendung von Verträgen.
2. Verteidigung.
3. Staatsbürgerschaft und Naturalisation.
4. Überwachung der Auslandsgrenzen, einschließlich Einwanderung, Auswanderung und Quarantäne, sowie Fragen der Auslieferung.
5. Währung, Prägung von Münzen, Ausgabe von Banknoten und gesetzlichen Zahlungsmitteln.
6. Devisenkontrolle.
7. Öffentliche Staatsschuld und Garantien.
8. Zentralbank und die erforderlichen Reserven anderer Banken.
9. Post- und Telegrapheneinrichtungen, Postscheckverkehr, Postsparkasse.
10. Schifffahrt, Navigations- und Lotsenanordnungen, Leuchttürme, Leuchtschiffe, Baken, Bojen und andere Einrichtungen für die Sicherheit der Schifffahrt, Bestimmungen über die Behandlung und Lagerung gefährlicher und verderblicher Güter, Bestimmungen für die Sicherheit der Hafeneinrichtungen und der Ausrüstungen der Häfen.
11. Binnenschifffahrtswege, Binnenschifffahrt und Transport.
12. Eisenbahnen.
13. Straßenverkehrsordnung für den Gebrauch von Reichsstraßen und die Versorgung von Verkehrszeichen und Warnungssignalen an Reichsstraßen, die Lizenzierung und Registrierung von Fahrzeugen und Fahrern, die die Reichsstraßen benutzen, die Festlegung von Bezeichnung, Konstruktion, Gebrauch und Geschwindigkeit solcher Fahrzeuge auf Grund des internationalen Straßenverkehrs.
14. Druckrechte, Patente und Schutzmarken.

15. Außen- und Binnenhandel.

16. Verkaufspapiere, Konnossemente und andere Dokumente, die Güter betreffen.

17. Maße und Gewichte.

18. Einkommen- und Gewinnsteuer, bei der Überführung von Eigentum infolge Todesfalls, oder auf dem Wege von Geschenken oder bei der Verlagerung von Gütern.

19. Kriminalgesetz und Gesetzesausübung, Zivilgesetze und ihre Ausübung einschließlich der Stellung, der Zusammensetzung und der Rechtsprechung der Gerichte, Gesellschaften und Beteiligungen, Handelsgesetz, Grundbuch-Verwaltung, Konkurs und Zahlungsunfähigkeit, Eigentumsrecht einschließlich Enteignung.

20. Verwaltung von Grundindustrien und Verteilung von Material bei außergewöhnlicher Knappheit, wie es von Zeit zu Zeit von der Militärregierung festgelegt wird.

Anhang B

Liste der Angelegenheiten, für die die Militärregierung die Notstandsbefugnisse ausübt.

1. Kriegsschulden, Besatzungskosten, Reparationen, Wiedergutmachung, Entmilitarisierung, verschleppte Personen.
2. Gesperres Eigentum.
3. Preisbildung und Preisüberwachung.
4. Löhne und Lohnverordnungen.
5. Arbeitsanweisungen.
6. Vorzugslisten für die Gestellung von Arbeitskräften.
7. Sozialversicherung einschließlich der Arbeitslosenversicherung.
8. Registrierung, Verteilung und Werbung von Arbeitskräften Gewerkschaften, Vermittlung und Schlichtung.
9. Holzeinschlag und -schneiden.
10. Flüchtlinge.

Anhang C

Liste der Gegenstände, die vorläufig außerhalb der Machtbefugnisse der Landesregierungen liegen.

1. Bodenreform.
2. Steuern, an denen früher das Reich beteiligt war.
3. Versicherungen.
4. Industrielle Normierung.
5. Erfassung, Ablieferung, Verteilung, Rationierung und Einfuhr von Nahrungsmitteln.
6. Planung der Lebensmittelproduktion, Zuteilung von Kunstdünger, landwirtschaftlichen Maschinen, Saatgut, Insekten- und Seuchenbekämpfungsmitteln, Errichtung der notwendigen Organisationen für diese Zwecke.

Anhang D

Liste der Angelegenheiten, für die den gesetzgebenden Versammlungen der Länder die Erfüllung grundlegender Prinzipien auferlegt wird, wie sie von der Militärregierung niedergelegt sind.

1. Kirchliche Angelegenheiten.
2. Entwicklung der Industrie.
3. Wohnungsbau und Stadtplanung.
4. Ernährung und Landwirtschaft (unterliegen Anhang C Punkt 5 und 6).
5. Erbauung und Instandhaltung von Straßen, die von besonderer Wichtigkeit sind.

CONTENTS

PART I

LEGISLATION OF THE CONTROL COUNCIL FOR GERMANY

Date		Page
5. 11. 46	LAW No. 37 — Repeal of Certain Statutory Provisions Relating to Successions	337
5. 12. 46	LAW No. 38 — Amendment of Section 204 of the Code of Civil Procedure	337
17. 1. 47	LAW No. 39 — Distinguishing Flag to be worn by German and ex-German ships operating under Allied Control Authority	338
20. 11. 46	AMENDMENT TO LAW No. 25 — Control of Scientific Research	340

PART II

MILITARY GOVERNMENT ORDINANCES APPLICABLE TO THE WHOLE OF THE BRITISH ZONE

1. 11. 46	ORDINANCE No. 55 — Creation of Land Niedersachsen	341
4. 11. 46	ORDINANCE No. 56 — Restrictions on Dealings	342
1. 12. 46	ORDINANCE No. 57 — Powers of the Lander within the British Zone	344
1. 12. 46	ORDINANCE No. 58 — Zonal Budget Office	347
1. 12. 46	ORDINANCE No. 59 — Regulations of Budgets of Public Authorities	348
1. 12. 46	ORDINANCE No. 60 — Financial competence of Land Governments and abolition of Reich Grants	353
1. 12. 46	ORDINANCE No. 61 — Rules with regard to Kassen in the British Zone	355
1. 12. 46	ORDINANCE No. 62 — Establishment of a Zonal Rechnungshof	356
1. 12. 46	ORDINANCE No. 63 — Zonal Debt Administration	357
30. 11. 46	ORDINANCE No. 64 — Deportation	359
31. 12. 46	ORDINANCE No. 65 — Rhine Navigation Courts (German Courts)	359
31. 12. 46	ORDINANCE No. 66 — Military Government Rhine Navigation Courts	360
1. 12. 46	ORDINANCE No. 67 — Delegation of Powers to Land Ministries of Justice in the British Zone	362
1. 1. 47	ORDINANCE No. 68 — Control Commission Courts	363

PART III

MILITARY GOVERNMENT NOTICES, REGULATIONS, ETC., APPLICABLE TO THE WHOLE OF THE BRITISH ZONE

1. 12. 46	REGULATION No. 1 — Rationing of Gas and Electricity	371
	(Amended 1)	
	REGULATION No. 1 — (Pursuant to Mil. Gov. Ordinance No. 31) Retirement of Councillors	374
5. 11. 46	NAVIGATION ORDER No. 2	375
18. 11. 46	NOTICE — Formation of Yacht Clubs in Germany	376
2. 1. 47	Rules of Procedure of the Military Government Rhine Navigation Courts	377

INHALT

TEIL I

GESETZE USW. DES KONTROLLRATS IN DEUTSCHLAND

Tag		Seite
5. 11. 46	GESETZ Nr. 37 — Aufhebung einiger gesetzlicher Bestimmungen auf dem Gebiet des Erbrechts	337
5. 12. 46	GESETZ Nr. 38 — Änderung des § 204 der Zivilprozeßordnung	337
17. 1. 47	GESETZ Nr. 39 — Erkennungsflagge, welche alle deutschen und ehemals deutschen Schiffe zu führen haben, die der Alliierten Kontrollbehörde unterstehen	338
20. 11. 46	ANDERUNG DES GESETZES Nr. 25 — Regelung und Überwachung der naturwissenschaftlichen Forschung	340

TEIL II

VERORDNUNGEN DER MILITÄRREGIERUNG, DIE IM GANZEN BRITISCHEN KONTROLLGEBIET GELTUNG HABEN

1. 11. 46	VERORDNUNG Nr. 55 — Bildung des Landes Niedersachsen	341
4. 11. 46	VERORDNUNG Nr. 56 — Handelsbeschränkungen	342
1. 12. 46	VERORDNUNG Nr. 57 — Befugnisse der Länder in der britischen Zone	344
1. 12. 46	VERORDNUNG Nr. 58 — Zonen-Haushaltsamt	347
1. 12. 46	VERORDNUNG Nr. 59 — Bestimmungen über Haushaltspläne der öffentlichen Körperschaften	348
1. 12. 46	VERORDNUNG Nr. 60 — Finanzielle Zuständigkeit der Länderregierungen und Einstellung von Reichszuschüssen	353
1. 12. 46	VERORDNUNG Nr. 61 — Kassenvorschriften in der britischen Zone	355
1. 12. 46	VERORDNUNG Nr. 62 — Errichtung eines Zonen-Rechnungshofes	356
1. 12. 46	VERORDNUNG Nr. 63 — Zonen-Schuldenverwaltung	357
30. 11. 46	VERORDNUNG Nr. 64 — Ausweisung	359
31. 12. 46	VERORDNUNG Nr. 65 — Rheinschiffahrtsgerichte (Deutsche Gerichte)	359
31. 12. 46	VERORDNUNG Nr. 66 — Rheinschiffahrtsgerichte der Militärregierung	360
1. 12. 46	VERORDNUNG Nr. 67 — Übertragung von Befugnissen auf die Justizministerien der Länder	362
1. 1. 47	VERORDNUNG Nr. 68 — Gerichte der Kontrollkommission	363

TEIL III

BEKANNTMACHUNGEN, VERFUGUNGEN USW. DER MILITÄRREGIERUNG, DIE IM GANZEN BRITISCHEN KONTROLLGEBIET GELTUNG HABEN

1. 12. 46	ANORDNUNG Nr. 1 (abgeänderte Fassung 1) — Rationierung von Gas und Elektrizität	371
	ANWEISUNG Nr. 1 — (Gem. Verordnung Nr. 31 der Militärregierung) Rücktritt von Vertretern	374
5. 11. 46	SCHIFFAHRTSBEFEHL Nr. 2	375
18. 11. 46	BEKANNTMACHUNG — Bildung von Segelsportvereinen in Deutschland	376
2. 1. 47	VERFAHRENSVORSCHRIFTEN des Rheinschiffahrtsgerichts der Militärregierung	377

No.	Description of Goods	Whether a Licence is Issuable	Authority Issuing Licence	Lfd. Beschreibung der Nr. Güter	Kann Erlaubnis erteilt werden	Erlaubnis erteilende Behörde
16.	All commodities which German civilians can only purchase against ration cards or permits including Tobacco, Soap and Solid and Liquid Fuels	NO		16. Alle Waren, die deutsche Zivilisten nur gegen Lebensmittelkarten oder Bezugscheine erwerben können, einschließl. Tabak, Seife, feste und flüssige Brennstoffe	nein	
17.	Textile Goods, clothing and footwear, blankets, bicycles, perambulators, medical and sanitary supplies, metal household goods, furniture, wireless sets and cameras	NO	NOTE: May be purchased, when available, only in N.A.A.F.I. Shops, C.C.G. Civilian Shops, R.A.O.C. Officers' Shops and R.A.F. Officers' Shops	17. Textilien, Kleidung u. Schuhzeug, Decken, Fahrräder, Kinderwagen, medizinische und sanitäre Artikel, Haushaltswaren aus Metall, Möbel, Radioapparate und Kameras	nein	Können, soweit vorhanden, nur in NAAFI Shops, C.C.G. Civilian Shops, R.A.C.C. Officers Shops and RAF-Officers Shops verkauft werden
18.	Trinkets of value not exceeding RM 250	No Licence Required		18. Schmucksachen, deren Wert RM. 250,— nicht übersteigt	Erlaubnis nicht erforderlich	
19.	Collections of stamps having a philatelic value other than their face value for a total not exceeding RM 500	No Licence Required		19. Briefmarkensammlungen mit Sammlerwert (nicht Nominalwert), wenn dieser insgesamt RM. 500,— nicht übersteigt	Erlaubnis nicht erforderlich	
20.	Any item not mentioned above which is purchased at over RM 250	NO	NOTE: Excludes any item not mentioned above though priced over RM 250 which is bought in N.A.A.F.I. Shops, C.C.G. Civilian Shops, R.A.O.C. Officers' Shops and R.A.F. Officers' Shops	20. Oben nicht erwähnte Dinge, die zu einem höheren Preise als RM. 250,— verkauft werden	nein	Es sind ausgeschlossen oben nicht erwähnte Dinge, obgleich sie mehr als RM. 250,— kosten, aber in NAAFI Shops, C.C.G. Civilian Shops, R.A.O.C. Officers Shops und RAF Officers Shops gekauft werden können.

ORDINANCE No. 57

Powers of Länder in the British Zone

WHEREAS IT IS NECESSARY to define provisionally the powers of the Governments and Legislatures of the Länder within the British Zone of Occupation.

IT IS HEREBY ORDERED AS FOLLOWS:—

ARTICLE I

1. Subject to the legislative action of the Control Council and the provisions of this Ordinance, the Legislature of a Land shall have exclusive power to make laws for the Land or any part thereof.

2. Provided that the Legislature of a Land:—

- shall not make laws with respect to any of the subjects specified in Schedules A and B or, as an interim measure, with respect to any of the subjects specified in Schedule C to this Ordinance;
- shall, with respect to the subjects specified in Schedule D, implement fundamental principles which shall be laid down by or under the authority of Military Government.

ARTICLE II

3. The executive authority of a Land Government shall extend:—

- to all subjects with respect to which the Land Legislature has power to make laws;

VERORDNUNG Nr. 57

Befugnisse der Länder in der britischen Zone

Um die Befugnisse der Regierungen und der gesetzgebenden Körperschaften der Länder in der britischen Besatzungszone einstweilen abzugrenzen, wird hiermit folgendes verordnet:

ARTIKEL I

1. Vorbehaltlich der gesetzgeberischen Maßnahmen des Kontrollrats und der Bestimmungen dieser Verordnung hat die gesetzgebende Körperschaft eines Landes die ausschließliche Gesetzgebung für das Land oder eines seiner Teile.

2. Dies gilt mit folgender Maßgabe:

- die gesetzgebende Körperschaft eines Landes hat keine Gesetzgebung über die in Anhang A und B noch — als vorläufige Maßnahme — über die in Anhang C zu dieser Verordnung aufgeführten Angelegenheiten;
- sie hat in den in Anhang D aufgeführten Angelegenheiten die von der Militärregierung oder Kraft ihrer Ermächtigung niedergelegten Grundsätze zu befolgen.

ARTIKEL II

3. Die vollziehende Gewalt einer Landesregierung erstreckt sich auf:

- alle Angelegenheiten, in denen der gesetzgebenden Körperschaft des Landes die Gesetzgebung zusteht;

(ii) to the administration of the subjects specified in the Schedules A, B, C and D to this Ordinance save as otherwise provided by Military Government;

(iii) to all matters with respect to which the Land Government is required to take action by Military Government.

ARTICLE III

4. When a Law has been passed by a Land Legislature it shall be presented to the Regional Commissioner, and the Regional Commissioner may, in his discretion, assent to the Law or withhold his assent therefrom. He may also return the Law to the Land Legislature for reconsideration and amendment.

5. No Law passed by a Land Legislature shall become effective until it has received the assent of the Regional Commissioner.

ARTICLE IV

6. Nothing in this Ordinance shall be deemed to limit the power of the Military Governor to disallow any Land Legislation.

ARTICLE V

7. This Ordinance shall become effective on the 1st December, 1946.

BY ORDER OF MILITARY GOVERNMENT.

Schedule A

List of Subjects Excluded from the Competence of Land Legislatures

1. Foreign affairs and Implementation of Treaties.
2. Defence.
3. Nationality and naturalisation.
4. External frontier control including immigration, emigration and quarantine; extradition.
5. Currency, coinage, note issue and legal tender.
6. Foreign exchange control.
7. National public debt and guarantees.
8. Central banking and the reserve requirements of other banks.
9. Posts and telegraphs; Post Office money order and cheque services; Post Office savings banks.
10. Shipping navigation and pilotage regulations; lighthouses, lightships, beacons, buoys and other provision for the safety of ships; regulations for the handling and storage of dangerous and perishable cargoes; regulations for the safety of port installations and equipment.
11. Inland waterways and inland water shipping and transport.
12. Railways.
13. Highway legislation relating to the use of highways and the provision of traffic direction and warning signs on highways, the licensing and registration of highway vehicles and drivers, the design, construction, use and speed of highway vehicles; international road services.
14. Copyright, patents and trademarks.
15. Foreign and inter-Land trade.
16. Negotiable instruments, bills of lading and other documents of title to goods.
17. Weights and measures.
18. Taxes on income and profits, on the transfer of property at death or by way of gift and on the movement of goods; customs.

II. die Verwaltung in den im Anhang A, B, C und D zu dieser Verordnung aufgeführten Angelegenheiten mit Ausnahme gegenteiliger Bestimmungen der Militärregierung;

III. alle Angelegenheiten, in denen die Landesregierung zur Tätigkeit von der Militärregierung aufgefordert wird.

ARTIKEL III

4. Ein von der gesetzgebenden Körperschaft eines Landes angenommenes Gesetz ist dem Gebietsbeauftragten (Regional Commissioner) vorzulegen. Der Gebietsbeauftragte kann nach eigenem Ermessen dem Gesetz zustimmen oder seine Zustimmung versagen. Er hat auch die Möglichkeit, das Gesetz zur Wiederberatung und Abänderung an die gesetzgebende Körperschaft eines Landes zurückzuverweisen.

5. Ein von der gesetzgebenden Körperschaft eines Landes angenommenes Gesetz tritt nicht eher in Kraft, bis die Zustimmung des Gebietsbeauftragten erfolgt ist.

ARTIKEL IV

6. Durch die Vorschriften dieser Verordnung wird die Befugnis des Militärgouverneurs, Landesgesetze außer Kraft zu setzen, nicht berührt.

ARTIKEL V

7. Diese Verordnung tritt am 1. Dezember 1946 in Kraft.

IM AUFTRAGE DER MILITARREGIERUNG

Anhang A

Aufstellung der von der Gesetzgebung der gesetzgebenden Körperschaften der Länder ausgenommenen Angelegenheiten

1. Auswärtige Angelegenheiten und Erfüllung von Verträgen
2. Landesverteidigung.
3. Staatsangehörigkeitsfragen und Einbürgerung.
4. Grenzkontrolle zum Ausland hin einschl. Einwanderung Auswanderung und Quarantäne; Auslieferung.
5. Währungsfragen, Münzrecht, Notenausgabe und gesetzliche Zahlungsmittel.
6. Devisenkontrolle.
7. Öffentliche Schulden und Bürgschaften.
8. Zentralbankwesen und die erforderlichen Rücklagen anderer Banken.
9. Post- und Telegraphenwesen; Postzahlungs- und Postscheckdienst; Postsparkassenämter.
10. Schifffahrt; Vorschriften für Schifffahrts- und Lotsenwesen; Leuchttürme, Feuerschiffe, Baken, Bojen und andere Sicherheitsmaßnahmen für Schiffe; Vorschriften für die Behandlung und Lagerung von gefährlichen und leicht verderblichen Schiffsladungen; Sicherheitsvorschriften für Hafenanlagen und -einrichtungen.
11. Binnengewässer, Binnenschifffahrt und Transport.
12. Eisenbahnen.
13. Gesetzgebung über das Straßenwesen, besonders über die Benutzung von Straßen über die Vorschriften für Verkehrslenkung und Anbringung von Hinweisschildern, die Zulassung und Registrierung von Straßenfahrzeugen und von Fahrern, die Beschriftung, Bauweise, Benutzung und Geschwindigkeit von Straßenfahrzeugen; internationaler Straßendienst.
14. Urheberrecht, Patente und Warenzeichen.
15. Außenhandel und Handel zwischen den Ländern.
16. Wertpapiere, Konossamente und andere Urkunden, durch deren Übergabe Rechte an Gütern übertragen werden.
17. Maße und Gewichte.
18. Einkommen- und Gewinnsteuer, Steuern für Vermögensübertragung von Todeswegen oder durch Schenkung, Beförderungssteuer; Zölle.